

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Hand“

Einzelhefte: größtes von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Gerne:

„Tagblatt-Hand“ Nr. 6530/53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 75 Pfg. monatlich, 2.25 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangobonus. 2.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, auswärts 2.50 Pfg. — Bezugs-Verhältnisse nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Gesellschaft für Druck- und Verlags-Vertriebs-Verfahren in allen Teilen der Stadt; in Berlin: die Verlags-Vertriebs-Verfahren und in den benachbarten Städten und im Rheinland die betreffenden Tagblatt-Verleger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für deutsche Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Spalte; 20 Pfg. in davon abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen deutschen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfg. für deutsche Anzeigen; 2 Pfg. für auswärtige Anzeigen. — Gänge, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Vereinbarung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entwerdender Nachsch.

Anzeigen-Kategorie: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 9 Uhr nachmittags. Berliner Schriftleitung des Wiesbadener Tagblatt: Berlin W., Potsdamer Str. 121 K. Fernspr.: Amt Sölgow 6202 u. 6203. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen.

Samstag, 5. Februar 1916.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 59. • 64. Jahrgang.

Oesterreichische Kreuzer beschießen die italienische Adriaküste.

Der Ischmiß in Albanien erreicht.

Der russische Stappenort Szumst mit Bomben belegt. — Die Italiener am Tolmeiner Brückenkopf weiter zurückgedrängt.

Österreichisch-ungarischer Tagesbericht.

W. T. B. Wien, 4. Febr. (Nichtamtlich.) Amtlich verlautet vom 4. Februar, mittags:

Russischer Kriegsschauplatz.

Ein österreichisch-ungarisches Flugzeug - Geschwader hat den östlich von Kremienec liegenden russischen Stappenort Szumst mit Bomben beworfen; zahlreiche Gebäude stehen in Flammen. Sonst ist nichts Besonderes vorgefallen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Geschüßkämpfe blieben an der küstentländischen Front ziemlich lebhaft und erzielten sich auch auf mehrere Stellen im Kärntner und Tiroler Grenzgebiet. Das Schloß Duino wurde durch mehrere Vorkreiser der feindlichen Artillerie teilweise zerstört. Vor dem Tolmeiner Brückenkopf gingen die Italiener infolge der letzten Unternehmung unserer Truppen auf die Hänge westlich der Straße Gignin-Selo zurück.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die in Nordalbanien operierenden Truppen haben Krupa besetzt und mit ihren Spitzen den Ischmi-Fluß erreicht. Die Lage in Montenegro ist unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Der neue Erfolg zur See.

Die Bahnhöfe von Ortona und San Vito sowie Fabriken beschädigt. — Eine Eisenbahnbrücke zerstört.

W. T. B. Wien, 4. Febr. (Nichtamtlich.) Eine Kreuzergesellschaft hat am 3. Februar, vormittags, an der italienischen Ostküste die Bahnhöfe von Ortona und San Vito, mehrere Magazine und eine Fabrik im Bereiche dieser Orte sowie einen Schwimmbad durch Beschädigung schwer beschädigt und die Eisenbahnbrücke über den Fluß Ariello, nördlich Ortona, zerstört. Nach der Beschädigung der Objekte von San Vito wurden Brände beobachtet. Die Kreuzergesellschaft ist unbefähigt zurückgekehrt.

Flottenkommando.

Der Fall „Appam“.

Das Rätsel um das geheimnisvolle Kaperschiff.

W. T. B. Old Point Comfort (Virginia), 4. Febr. (Nichtamtlich. Reuters.) Neue britische Unterthanen, die von der „Appam“ gelandet wurden, haben erklärt, daß die „Röde“ außer mit Kanonen auch mit zwei Langrohrkanonen versehen war. Alle erklärten einstimmig, daß sie gut behandelt wurden. Sie litten wohl Mangel an Lebensmitteln, aber auch die Preisbefragung bekam dies zu fühlen. Während der letzten zwei Tage wurde der Mangel an Lebensmitteln und Wasser sehr groß. Bezüglich der „Röde“ glauben einige, daß sie ein in ein Kriegsschiff umgewandeltes Handelsschiff sei, andere, daß sie ein ganz neues Schiff ist. Sie führte vier Kanonen vorn und zwei rückwärts. Alle waren mit abnehmbarer Verschönerung maskiert. Der Dampfer „Glan MacLachlan“ wehrte sich, wie erzählt wird, sehr tapfer gegen die „Röde“. Der Dampfer führte eine geschäftliche Kanone. Fünfzehn Mann der Besatzung wurden getötet und viele verwundet, ehe das Schiff nach zwei Explosionen sank. Der Kampf dauerte ungefähr eine halbe Stunde. Schließlich langten die Deutschen zwei Torpedos, die beide trafen, worauf der „Glan MacLachlan“ überholte und rasch in der Tiefe versank.

Kostbare Beute.

Mehr als 35 Millionen Werte versenkt.

Br. Rotterdam, 4. Febr. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Wn.) Weiteren Meldungen aus New York zufolge hatte die „Appam“ eine große Post und über 3000 Tonnen Ladung an Bord. Die Post von Britisch-Westafrika teilt mit, daß die „Appam“ auch einen namhaften Betrag an Gold, etwa 40 000 Pfund, mit sich führte. Die „Times“ schätzt den Wert der „Appam“ auf 100 000 Pfund und den Wert der Ladung auf 150 000 Pfund. Der Wert des versenkten Kohlendampfers „Corbridge“ kann auf 100 000 und der

der übrigen versenkten Schiffe und ihrer Ladungen auf 1 450 000 Pfund geschätzt werden. Das deutsche Kriegsschiff hat offenbar durch das Auffangen drahtloser Nachrichten der einzelnen Schiffe die „Appam“ entdeckt. Als das deutsche Schiff die „Appam“ aufspürte, sich zu ergeben, drängten viele Passagiere den Kapitän, keinen Widerstand zu leisten. Der Name des deutschen Schiffes war nach den Behauptungen der Passagiere überholt worden. „Daily Chronicle“ wird aus New York gemeldet: Die deutsche Preisbemannung erlärte, daß einzelne Leute an Bord der „Appam“ sich den Deutschen zu widersehen versuchten, nachdem die Übergabe des Schiffes stattgefunden hatte. In diesem Kampfe sollen zwei Personen getötet und mehrere verwundet worden sein. Auf der Reise nach Amerika soll die „Appam“ den erbeuteten Kohlendampfer vier Tage im Schlepptau gehabt haben. Beide Schiffe fuhren unter britischer Flagge. Die „Appam“ übernahm die Kohlenladung, während mehrere englische Dampfer in Sicht kamen. Diese fuhren ahnungslos vorbei, da sie sich wohl durch die britische Flagge im Glauben befanden, daß ein englischer Passagierdampfer seine Kohlenvorräte ergänzte.

Das geheimnisvolle Kaperschiff, das die „Appam“ gefangen nahm, beschäftigt nach obigen Meldungen also noch immer die Köpfe der interessierten Engländer und Amerikaner. Man weiß noch nicht, handelt es sich um das schon bald vor Jahresfrist an der afrikanischen Ostküste anscheinend verlorene gegangen und darnach wahrscheinlich wieder flottgemachte alte deutsche Vermessungsschiff „Möve“ oder um ein ganz neues Schiff, das den englischen Schutzgürtel in der Nordsee durchbrechen konnte. Ebenso streitet man sich über den Namen des Schiffes; ob es überhaupt die „Möve“ oder etwa ein anderes Schiff gewesen ist. Kapitän Berg wird das über dem Schiffe liegende Geheimnis jedenfalls tief in seinem Busen zu bewahren wissen. Aber eine andere Tatsache wird heute noch bekannt. Die Höhe der Werte, die mit der „Appam“ erbeutet oder mit den anderen versenkten Dampfern auf den Grund des Meeres hinabgesenkt wurden. Mehr als 35 Millionen Mark betrugen sie, und wenn man diese Tatsache betrachtet, auch dann verdient der Heldennut jener tapferen deutschen Seeleute höchste Anerkennung. Denn auch diese Verluste werden ganz gewißlich im Konto unseres englischen Gegners mitzählen, sei es nun der Verlust an Tonnagezahl der Schiffe oder an Wert der Ladung für die englische Bevölkerung.

Der Verlust des „L. 19“.

Die Mitteilung der britischen Admiralität.

W. T. B. London, 4. Febr. (Nichtamtlich. Drahtbericht.) Die Admiralität teilt mit: Ein Fischdampfer meldete heute den Seebefehlern, daß in der Nordsee ein Zeppelin in funktionsfähigem Zustand bemerkt wurde.

Die Notlage des Zeppelin.

Br. Rotterdam, 4. Febr. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Wn.) Über die Notlage, worin der Zeppelin „L. 19“ in der Nordsee angetroffen wurde, wird aus Grimsby in Ergänzung der deutschen amtlichen und einer englischen amtlichen Meldung des weiteren berichtet: Das Ersuchen der Besatzung, von dem Fischerboot aufgenommen zu werden, konnte der Fischerkapitän nicht erfüllen, weil die Besatzung des Zeppelin zahlreicher war als die des Fischerbootes. Das Fischerboot hat in Grimsby sofort die Angelegenheit gemeldet. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ bemerkt dazu, daß „L. 19“ das selbe Luftschiff sei, welches vor einigen Tagen die Insel Ameland überflog und von der Küstenwache beschossen wurde. Der Zeppelin war damals nur in einer Höhe von etwa 100 Meter über dem Boden, so daß die Küstenwache meinte, der Zeppelin sei durch ihre Beschädigung getroffen worden.

Abermals ein englischer Dampfer von einem Unterseeboot gestoppt.

Die fliehende Mannschaft von afrikanischen Arabern gefangen genommen.

Br. Rotterdam, 4. Febr. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Wn.) Laut „Telegraph“ wurde der Transportdampfer „Woodfield“ 40 Meilen von Gibraltar von einem deutschen Unterseeboot gestoppt und von Granatenerregern überschüttet. Die Beschießung dauerte drei Stunden. Auf der „Woodfield“ wurden 8 Tote und 14 Verwundete gezählt. Mehrere der Überlebenden, die sich auf Booten an die afrikanische Küste retteten, wurden von Arabern festgehalten, die für ihre Freilassung hohe Summen forderten.

Ein anderer englischer Dampfer torpediert.

W. T. B. Amsterdam, 4. Febr. (Nichtamtlich. Drahtbericht.) Wie hier angekommene amerikanische Blätter berichten, soll der Dampfer der Leyland-Linie „Huronian“ am 29. Dezember in der Nähe der irischen Küste torpediert worden sein. Der Dampfer wurde schwer beschädigt in den Hafen geschleppt.

Deutschland und Amerika.

Ein amerikanisches Blatt über die „Lusitania“-Frage — Amerikas Verhältnis zu England.

New York, 4. Febr. (Jenz. Wn.) Die Zeitung „Springfield Republican“ schreibt in ihrem Leitartikel: Für die britische Regierung und das britische Volk ist jede Nachricht willkommen, die besagt, daß Deutschland den amerikanischen Wünschen in der „Lusitania“-Frage noch nicht entgegengekommen ist. Wenn ein Freund Englands hierzu-lande Präsident Wilson tadelt, weil er nicht ohne Verzug Deutschland zur Annahme seiner Forderungen gebracht hat, so beweist er wenig Verständnis für unsere verwinkelten auswärtigen Beziehungen. Denn gerade diese Verzögerung einer einseitigen Regelung der „Lusitania“-Frage läßt die Regierung in Washington nicht zu einer schärferen Haltung gegenüber den Mächten des Bundes hinsichtlich der Handelsfreiheit der Neutralen gelangen. Deutschland müßte gezwungen werden, einzusehen, daß die „Lusitania“-Frage für sich allein gelöst werden muß. Wenn der „Lusitania“-Fall erledigt wäre, müßten wir unsere Beziehungen zu England während der übrigen Monate oder Jahre des Krieges mit wirklicher Besorgnis verfolgen. Denn keine amerikanische Regierung könnte dem Drängen im eigenen Lande nach Sicherung des Rechtes Amerikas, als neutraler Staat Handel zu treiben, sich widersetzen, selbst auf die Gefahr einer scharfen diplomatischen Auseinandersetzung hin. Die heftigen Auslassungen im Kongreß gegen Englands neue Anwendung des Seerechts haben schon die wachsende Erbitterung gegen die englischen Annahmen geoffenbart. Eine längere Dauer des Krieges müßte in jedem Falle für die englisch-amerikanischen Beziehungen ungünstig sein angesichts der völligen Unmöglichkeit, bei rechtzeitiger Behandlung des neutralen Handels auf Deutschland einen entscheidenden wirtschaftlichen Druck auszuüben. Die geographische Lage Deutschlands läßt eine erfolgreiche Blockade nicht zu, und man muß jetzt ernstlich daran zweifeln, ob ein Gebiet, das von Antwerpen bis Bagdad reicht, überhaupt durch wirtschaftlichen Druck allein niedergezwungen werden kann. Die deutsche Ungezügelmäßigkeit in der Behandlung der „Lusitania“-Angelegenheit allein benachteiligt jetzt die Vereinigten Staaten vor der Sorge wegen wachsender Schwierigkeiten mit den Verbündeten.

Der Krieg gegen Rußland.

Russische Truppenansammlungen an der schwedischen Grenze.

Br. Stockholm, 4. Febr. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Wn.) Größtes Aufsehen erregt hier die von der erst zu nehmenden Zeitung „Finmarken Amis Tidende“ gebrachte Mitteilung über große russische Truppenansammlungen an der schwedischen Grenze. Aus authentischer Quelle erfährt das Blatt, daß Rußland umfassende militärische Arbeiten an der schwedisch-finnischen Grenze unternimmt, eine Menge Schützengraben und Drahtverhaue angelegt und einen 15 Kilometer breiten kleinen Wald an der Grenze gefällt habe. Schwere Geschütze werden dort aufgestellt und ungefähr 100 000 Mann Infanterie stehen in der Nähe der schwedischen Grenze. In diesen Tagen wurde die russische Bevölkerung von Salmijärvi und Russisch-Fabrik mobilisiert. Alle Männer von 15 bis 50 Jahren wurden einberufen und mit Pferden und Rentieren oder ohne diese in der Nähe des Petschimgan-Klosters gebracht, um vom Kloster nach Finnland Kriegsmaterial zu transportieren.

Verhaftete russische Friedenspropagandisten.

Berlin, 4. Febr. (Jenz. Wn.) Das „V. L.“ meldet aus Stockholm: „Nietisch“ teilt mit, eine große Anzahl von Tolstojanern sei wegen Verbreitung eines Aufrufs gegen den Krieg mit Deutschland verhaftet worden.

Die Eisenbahn von Petersburg nach dem Weißen Meer in Betrieb gestellt.

W. T. B. Kopenhagen, 4. Febr. (Nichtamtlich. Drahtbericht.) Nach einer Meldung der „National Tidende“ aus Petersburg ist am 3. Februar der erste Versuch der neuen Eisenbahn von Petersburg nach der Sorokabucht am Weißen Meer abgegangen.

Die Ereignisse auf dem Balkan.

Mazedonische Kirchen geplündert.

Sofia, 4. Febr. (Jenz. Wn.) Aus den Berichten der nach Bulgarien entsandten bulgarischen Missionen an den heiligen Thron geht hervor, daß in den von den Engländern und Franzosen besetzten mazedonischen Gebieten viele Kirchen zerstört und vollständig ausgeplündert sind. Kamentisch in Selandowo und Schurine haben die Verbündeten arg gehandelt, alles Kostbare aus den Kirchen entwendet, und was sie nicht brauchen konnten, zerstört.

gestellt wurden. Außerdem seien so viel Wagenbedeckungen beschafft worden, als bei den knappen Beständen an Rohstoffen zu einigermaßen vertretbaren Preisen zu erhalten gewesen seien. Im letzten Herbst hätten dementsprechend 8000 Decken mehr zur Verfügung gestanden als im Vorjahr. Als wichtigste Maßregel komme jedoch die Neubeschaffung von Wagen und Lokomotiven in Betracht. Für das Jahr 1915 seien in Bestellung gegeben 1502 Lokomotiven, rund 26 000 Güterwagen, 2383 Personen- und 418 Gepäckwagen. Daß die Staatseisenbahnverwaltung damit bis an die Grenzen des im Kriege Erreichbaren gegangen sei, erhelle daraus, daß am 1. Oktober die Lieferung von 209 Lokomotiven und von 5503 Güterwagen im Rückstande gewesen sei. Um die Leistung nach Möglichkeit zu steigern, sei das Eisenbahngesamtkomitee beauftragt worden, durch Umfrage bei den Lokomotiv- und Wagenbauanstalten festzustellen, ob noch weitere Lieferungen bis zum 31. März 1916 übernommen werden könnten. Für das Rechnungsjahr 1916 sei vorbehaltlich der Zustimmung der beteiligten Instanzen eine noch stärkere Vermehrung, nämlich die Beschaffung von rund 1800 Lokomotiven, 1700 Personen-, 400 Gepäc- und 30 800 Güterwagen beabsichtigt.

Sitzung der Stadtverordneten.

Wiesbaden, 4. Februar.

Die Sitzung der Stadtverordneten, die heute nachmittag unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden, Justizrat Dr. Alberti, stattfand, war ziemlich gut besucht. Von der beschlossenen Einführung und Verpflichtung der Stadtverordneten Professor Oberlehrer Dr. Bauer und Hotelbesitzer E. Walther mußte Abstand genommen werden, da beide Herren im Feste stehen und an der Front festgehalten sind. — Zunächst sprach

Oberbürgermeister Gläffing zur Frage der Verstaatlichung der Straßenbahnen.

Die Verkehrsdeputation hat unterm 1. November vergangenen Jahres einstimmig den Beschluß gefaßt, von dem vertragmäßig jetzt möglichen Ankauf der Straßenbahnen aus finanziellen Gründen abzusehen. Die Deputation steht, wie aus ihren Verhandlungen hervorgeht, und wie sie in ihrem Beschluß besonders betont hat, durchaus nicht auf dem Standpunkt, es grundsätzlich für vorteilhafter zu halten, die Straßenbahnen nicht in das Eigentum der Stadt überzuführen; sie hält im Gegenteil die Verstaatlichung der Straßenbahnen für außerordentlich wünschenswert und verzichtet lediglich aus finanziellen Gründen darauf, diesem Wunsch, der zugleich Wunsch der gesamten Bevölkerung sein dürfte, durch entsprechenden Beschluß Rechnung zu tragen. Diese finanziellen Gründe wirken bei der Verkehrsdeputation so stark und entscheidend, daß sie jede weitere Erörterung der rechtlichen Gesichtspunkte wie der Vorteile einer eventuellen Verstaatlichung für überflüssig erklärt.

Der Magistrat hat sich dieser Auffassung einstimmig angeschlossen, wenigstens er seinen Augenblick verlornte, daß ein dahingehender Beschluß der städtischen Körperschaften für die Bevölkerung eine erhebliche Enttäuschung sein wird.

Die Nachteile der Betriebsführung der S. E. G. sind zu betonen, als daß diese Enttäuschung überraschend wirken könnte; auch

der Magistrat und mit ihm die Verkehrsdeputation bebauern, daß sie zurzeit aus zwingenden Gründen darauf verzichten müssen, den an uns für sich berechtigten Wünschen der Bevölkerung entgegenzukommen.

Nun liegen die Verhältnisse gerade in der finanziellen Wirkung der Übernahme der Straßenbahnen in das Eigentum der Stadt so klar, daß es nicht allzu schwer werden dürfte, den Beschluß des Magistrats auch zu dem der Stadtverordneten-Versammlung und zur Überzeugung der Bevölkerung werden zu lassen.

Nach den von dem Delegierten für die Straßenbahnen Herrn Werlit gemachten und vom Magistrat auf Grund des bestehenden Vertrags nachgeprüften Ausführungen kann die Stadt längstens am 1. April laufenden Jahres der S. E. G. den Vertrag kündigen mit der Wirkung, daß am 1. April 1917 Eigentum und Betrieb überführt werden. Die Vorortbahnen scheiden hierbei aus, ebenso die Nebenbahn; für die Linie nach Viehbach (Zentralbahnhof bis Viehbach) bedürfte es der Zustimmung der städtischen Körperschaften in Viehbach, die wohl ohne weiteres gegeben würde.

Die Abschlagssumme, die nach den bestehenden Verträgen bei der Übernahme am 1. April 1917 zu zahlen wäre, würde sich auf rund 12 Millionen Mark belaufen. Zugrunde zu legen bei der Berechnung sind die Jahre 1911/12, 1912/13 und 1913/14 (die Kriegsjahre haben auszuscheiden), alsdann ist der Durchschnitt des in diesen Jahren erzielten Reingewinns mit 25 bezw. 20 (für die Westmühl-Linie) zu veranschlagen. Hieraus ergibt sich ein Kaufpreis von 12 540 000 M. Abgezogen ist 1/2 Prozent des jährlichen Anlagekapitals mit Zins und Zinseszins ab 1. April 1899, so daß rund 12 Millionen als jetzt (am 1. April 1917) zu zahlender Kaufpreis für die S. E. G. verbleiben, die den Wert des Unternehmens nach ihren Büchern mit ungefähr 7 Millionen beliefert. Die S. E. G. erzielt also bei diesem Buchwert und mit einem Durchschnittsjahresgewinn von 514 000 M. genau gerechnet eine Rente von 7,3 Prozent, während die Stadt bei einem Kaufpreis von 12 Millionen und bei der Annahme des gleichen Gewinns von 514 000 M. eine Rente von 4,21 Prozent machen würde oder rund höchstens 4 1/2 Prozent.

Die hier gemachte Voraussetzung des gleichen Reingewinns von 514 000 M. setzt voraus, daß die Stadt nach der am 1. April 1917 erfolgten Übernahme das Unternehmen unter denselben Betriebsverhältnissen fortführt, ohne Verkehrsverdichtung, ohne jede Verbilligung des Verkehrs, ohne Vermehrung der Wagenleistungen, also ohne Vermehrung der Fahrmöglichkeiten und ohne eine den Interessen der Bevölkerung mehr entsprechende Linienführung usw., also — kurz gesagt — ohne Erfüllung all der Hoffnungen, die in erster Linie für den Wunsch der Bevölkerung auf die Verstaatlichung der Straßenbahnen ausschlaggebend sind.

Für diesen Fall kommt der Delegierte für die Straßenbahnen zu dem Schluß, daß die Stadt nur gerade in der Lage sein würde, das riesige Anlagekapital von 13 Millionen Mark (1 Million müßte für Materialverbesserung neu investiert werden) bis zum Ende der ersten Konjunkturbauer zu versinken. Dagegen wäre es nicht möglich, eine Tilgung vorzunehmen; das Unternehmen müßte also dauernd mit dem Anlagekapital belastet.

Dieser Schluß ist richtig, doch erscheint diese Darstellung immer noch als eine zu günstige. Selbst wenn es wirklich

der Stadt gelingen sollte, auf alle Verkehrsverbesserungen mit Rücksicht auf die Finanzlage zu verzichten, bleibt zunächst, wie oben schon erwähnt, immer noch die Notwendigkeit übrig, wenigstens das Wagen- und Schienenmaterial zu verbessern, teils Erneuerungen, teils Umbauten vorzunehmen, und so noch manches andere in einen besseren Zustand zu versetzen, wozu nach den vorgenannten Schätzungen ein neues Kapital von 1/4 Million bis 1 Million Mark erforderlich wäre. Damit wäre natürlich nur eine Verbesserung des Betriebes, nicht aber eine solche des Verkehrs erreicht.

Wir hätten also mit einem gesamten Anlagekapital von 13 Millionen Mark zu rechnen.

Dieses Kapital wäre durch eine Anleihe aufzubringen, die wir mit 4 1/2 Prozent berechnen wollen. Das ist eine recht günstige Annahme für die Zeit unmittelbar nach dem Krieg, in der ein Kriessgeldbedarf aller an dem Krieg beteiligten Gewesenen Staaten überhaupt, wie des Deutschen Reichs, der Bundesstaaten und aller Gemeinden in einem Augenblick sich geltend macht, in dem eine bis dahin auf 50 Milliarden aufgelaufene Kriegsanleihe mit einem 5prozentigen Zinsfuß den Markt bereits beherrscht. Nun kann man wohl überzeugt sein, daß es der Reichsregierung gelingen wird, im allgemeinen Interesse des Landesüblichen Zinsfuß auf 4 1/2 Prozent zu stellen; es werden aber dann gerade in der Zeit unmittelbar nach dem Krieg — und diese kommt ja für den Erwerb der Straßenbahn und die Aufbringung der 13-Millionen-Anleihe in Frage — kommunale Anleihen zu 4 1/2 Prozent mit Einbuße am Kurs zu rechnen haben, die den Zinsfuß schließlich doch auf 4 3/4 Prozent stellen werden. Unter der Voraussetzung dieses Zinsfußes von 4 3/4 Prozent wird also für den Kaufpreis von 12 Millionen Mark, der sich — wie schon ausgeführt — bei gleichzeitiger Fortführung des Betriebs mit höchstens 4 1/2 Prozent verzinst, gegenüber den 4 3/4 Prozent der Anleihe 1/2 Prozent Zinsen zuzulegen sein, also insgesamt jährlich 60 000 M. Ferner muß die 13. Million, die lediglich für Materialverbesserung aufzuwenden ist, mit ebenso 4 3/4 Prozent, also 47 500 M. jährlich, in Rechnung gestellt werden; das sind also für Zinsen ein Mehr von 107 500 M. jährlich. Selbstverständlich kann sich ferner die Stadt von den Vorschriften ordnungsgemäßer Tilgung, wie sie für alle Vermögensgegenstände der Stadt vorgeschrieben sind, nicht befreien; sie muß also für die 13 Millionen Anlagekapital bzw. für die Anleihe, die sie für die Erwerbung der Straßenbahnen aufzunehmen hat, eine jährliche Tilgungsquote einstellen. Für die Anleihe der Dehmer und Werlacher Linie sind von der Regierung im Durchschnitt 2 Prozent Tilgung verlangt worden (2,13 Prozent und 1,87 Prozent). Nun soll auch hier wieder die außerordentlich günstige Annahme gemacht werden, daß die Regierung in den Tilgungsbedingungen angesichts der nach dem Krieg eintretenden wesentlichen Verschlechterung der finanziellen Lage der Gemeinden etwas mildere Grundsätze zur Geltung bringt und sich mit einem Tilgungssatz von 1 Prozent begnügt, also im vorliegenden Fall mit einer jährlichen Tilgung von 130 000 M.

Zu diesen selbst unter den günstigsten Annahmen den Betrag von 237 500 M. erreichenden Zinszuschuß- und Tilgungsverpflichtungen treten noch die Abführungen zu den Erneuerungsfonds. Die S. E. G. hat den Erneuerungsfonds jährlich mit 60 000 M. beschickt bei einem mit 7 Millionen Mark zu Buch stehenden Anlagewert, der übrigens viel zu hoch gebucht ist und höchstens einem tatsächlichen Wert von 5 Millionen entspricht (allein die alte Pferdebahn ist nach mit 1 1/4 Millionen zu Buch, obgleich an Material von jener Zeit kaum noch etwas vorhanden ist). Also die S. E. G. führt zum Erneuerungsfonds das vom Buchwert des Unternehmens noch nicht 1 Prozent ab. Es mag dahingestellt bleiben, welche Gründe für die S. E. G. maßgebend waren, eine derart geringe Tilgung vorzunehmen; für die Stadt kommen solche Erwägungen natürlich nicht in Frage, für sie ist lediglich die Verpflichtung entscheidend, der Verminderung des Wertes des Anlagekapitals des Unternehmens durch entsprechende Abführungen zum Erneuerungsfonds entgegenzuwirken, und es könnte dieser Abfuhr nur mit einer Abfuhr von mindestens 2 Prozent des Anlagekapitals entsprochen werden, selbstverständlich des tatsächlich vorhandenen Anlagekapitals, das mit höchstens 5 Millionen geschätzt werden kann, ausschließlich des neu hinzutretenden Kapitals von 1 Million für Materialneuananschaffung und Materialverbesserung, das, wie oben schon ausgeführt, die Stadt im Fall der Übernahme noch aufbringen müßte. 2 Prozent von 6 Millionen Wert sind also mit 120 000 Mark in Rechnung zu stellen, also mit dem Doppelten des von der S. E. G. zu dem Erneuerungsfonds seither jährlich abgeführten Betrags.

Einschließlich dieser 60 000 M. Mehraufwendung zum Erneuerungsfonds und der oben bereits begründeten Mehraufwendung von 237 500 M. hätte die Stadt also gegenüber der S. E. G. bei gleichzeitiger Fortführung des Betriebs jährlich allein 297 500 M. mehr aufzubringen. Da nun die S. E. G. in den für den Ankauf in Betracht kommenden Jahren 1911/12, 1912/13 und 1913/14 einen Durchschnittsjahresverdienst von 514 000 M. hatte, vermindert sich dieser nach gleichzeitiger Fortführung durch die Stadt um mehr als die Hälfte, d. h. von 514 000 bis 267 500 auf 246 500 M.

Dieser Reingewinn stellt für die Stadt eine Verzinsung des für sie 13 Millionen Mark betragenden Anlagekapitals von 1,6 Prozent dar,

eines Anlagekapitals, für das sie auf dem Wege der Anleihe 4 1/2 Prozent aufbringen muß. Es handelt sich also um eine Einbuße von 3,15 Prozent von 13 Millionen. Wäre nach dem Krieg Geld nur zu 5 Prozent zu haben, so würde sich diese Einbuße entsprechend erhöhen, ohne daß auch nur die geringste Verkehrsverbesserung (Verkehrsverdichtung, vermehrte Fahrgeliegenheit, Preisermäßigung usw.) erreicht wäre.

Bei der Ausrechnung der Rente von 1,6 Prozent ist die Lohnfrage noch gar nicht berücksichtigt; es wäre ja selbstverständlich, daß hier Verbesserungen eintreten würden, die natürlich aber auch ihre finanziellen Wirkungen äußern und die Rente bei bescheidenen Lohnverbesserungen auf mindestens 1 Prozent sinken lassen würden.

Nun könnte man diesen rentenmindernden Faktoren vielleicht entgegenstellen den Hinweis auf Mehreinnahmen aus einer Zunahme des Verkehrs. Es könnte sich hier natürlich nur um eine natürliche Zunahme des Verkehrs infolge Zunahme der Bevölkerung und des Fremdenverkehrs handeln, da ja Verkehrsverbesserungen und Tarifermäßigungen, die solche Verkehrs Zunahme bewirken könnten, bei der Annahme

einer gleichartigen Fortführung des Unternehmens nicht in Frage kommen; ich nehme hier Bezug auf die in den letzten 4 Jahren stattgehabte Verkehrszunahme, die 165 000 Fahrgäste jährlich betrug, und unterstelle den günstigen Fall, daß diese Zunahme sich auf 180 000 Fahrgäste steigert, so daß mit einer Mehreinnahme von rund 20 000 M. jährlich zu rechnen wäre, die natürlich — zumal hiermit auch Mehrausgaben verbunden sind — an dem oben berechneten Gesamtergebnis nichts zu ändern vermag.

Es muß also festgestellt werden, daß selbst für den Fall, daß die Stadt die Straßenbahnen unter den gleichen Verkehrsverhältnissen wie die S. E. G. weiterführt, die Rente des aufzubringenden Anlagekapitals auf 1,6 Prozent, nach Berücksichtigung der Lohnfrage sogar auf 1 Prozent sinken würde, daß also die Stadt ganz erhebliche Opfer, wie sie immerhin in einer Einbuße von mindestens 350 000 M. jährlich zu erblicken sind, bringen müßte, ohne daß auch nur eine der an die Erwerbung seitens der Bevölkerung geknüpften wesentlichen Hoffnungen auf wirkliche Verkehrsverbesserungen und Preisermäßigungen zur Erfüllung kommen könnte. Und es spricht nichts Besseres für die außerordentlich günstige Lage, in der sich die S. E. G. zurzeit befindet, als der Hinweis auf die Tatsache, daß selbst bei gleichzeitiger Fortführung des Betriebs die Stadt nur eine Rente zu erzielen in der Lage ist, die sich zwischen 1,6 Prozent und 1 Prozent des Anlagekapitals im günstigsten Fall bewegt, während die S. E. G. von dem zu hohen Buchwert des Anlagekapitals 7 1/2 Prozent und von dem tatsächlichen Wert des Anlagekapitals im Betrag von höchstens 5 Millionen Mark im Durchschnitt von 8 Jahren einen Reingewinn von 514 000 M. erzielt hat, also beinahe 10 Prozent.

In diesen auf den ersten Blick verblüffenden Rentenunterschieden gelangt natürlich in erster Linie der zurzeit zu hohe Ankaufris, der mit 5 Millionen den Buchwert des Unternehmens und mit 7 Millionen den tatsächlichen Wert derselben übersteigt, zum Ausdruck; erheblich vermindert wird die Wirkung dieses Ankaufris aber auch durch die seit Abschluß des Vertrags eingetretene Zinsveränderung (von unter 3 1/2 Prozent auf mindestens 4 3/4 Prozent) und die weit größeren Verpflichtungen der Stadt hinsichtlich ordnungsmäßiger Tilgung der zur Erwerbung erforderlichen Anleihen und der doppelte so großen Abführungen zum Erneuerungsfonds im Interesse der laienmäßig richtigen Ausgleichung eingetretener Wertminderungen des angelegten Kapitals.

Selbstverständlich ist unter solchen Verhältnissen auch gar nicht daran zu denken, daß die Übergahlung von mindestens 7 Millionen Mark, die am 1. April 1917 von der Stadt zu leisten wäre, herausgewirtschaftet werden könnte; es blieben im Gegenteil jene 7 Millionen eine dauernde Belastung des Betriebs. Gewiß kann durch die oben erwähnte Zinsveränderung von 120 000 M. eine allmähliche, wenn auch sehr lange dauernde Tilgung dieser Übergahlung erreicht werden; demgegenüber steht aber die in vorstehenden Ausführungen festgestellte Tatsache, daß nach Erfüllung der Tilgungsverpflichtungen und Abführungen zum Erneuerungsfonds usw. sich eine Verzinsung des gesamten Anlagekapitals von 1,6 Prozent bis herunter zu 1 Prozent herausstellt, d. h. mit anderen Worten, daß selbst zur Vernahme von Tilgungen und Abführungen zum Erneuerungsfonds, zur Lösung der Lohnfrage usw. überhaupt nicht übrig bleibt, wenn man zuvor dem Anlagekapital die tatsächlich derauslagenden Zinsen von 4 3/4 Prozent sichert.

Nun könnte immerhin die Auffassung geltend gemacht werden, daß sich dieses Bild wesentlich günstiger stellen würde, wenn Tarifveränderungen, d. h. Fahrpreiserhöhungen, eingeführt würden, wenn für bessere Linienführung Sorge getragen würde, für vermehrte Fahrgeliegenheit durch Verdichtung des Verkehrs usw. Es bedarf diese Auffassung um so mehr der Erörterung, als die in dem ersten Teil dieser Ausführungen gemachte Annahme, daß die Stadt die Straßenbahnen nach der Übernahme unter den gleichen Verkehrsverhältnissen weiter betreibt, daß sie also auf jede Verkehrsverbesserung usw. verzichten könne, in die Wirklichkeit gar nicht zu übertragen ist. Sind die Wohnen einmal im städtischen Besitz, dann ist eine solche Stellungnahme gar nicht aufrecht zu erhalten; man wird von der städtischen Verwaltung erwarten, daß sie das übernommene Verkehrsunternehmen möglichst vollkommen gestaltet und die Voraussetzungen erfüllt, um derenwillen die Bevölkerung das Übergehen der Bahnen in den städtischen Besitz seit Jahren gewünscht hat.

Und es ist ja schließlich eine durchaus nicht unberechtigte Forderung, daß eine Stadt ein solches Verkehrsunternehmen nicht als reines Erwerbsgeschäft auffaßt, wie es die S. E. G. tatsächlich betrieben hat.

Die Verbilligung des Verkehrs, die sich in erster Linie immer in dem Auf nach der Einführung eines Einheitspreises (10-Pfennigtarif) geltend zu machen pflegt, würde sich bei Annahme von 15 Millionen Fahrgästen die Stadt findet in späteren Ausführungen ihre Rechtfertigung) in einer Mindereinnahme gegenüber den jetzigen Fahrpreisen um rund 340 000 M. jährlich geltend machen. Dazu kommt die angeforderte Betriebsverdichtung durch eine erhebliche Steigerung der Wagenleistungen, wie sie entsteht, wenn auf einem Teil der Strecken ein größerer Wagenverkehr eingeführt wird; es soll eine Betriebsverdichtung um 33 Prozent in den nächsten 3 Jahren angenommen werden und eine solche von 45 Prozent nach dieser Zeit, und es würde sich dann hieraus eine Mehrausgabe von rund 200 000 M. ergeben.

Wohl stehen diesen Mehrausgaben von über 400 000 M. auch Mehreinnahmen gegenüber, wie sie bei solchen Verkehrsverbesserungen natürlicherweise zu erwarten sind. Aber selbst bei der günstigen Annahme, daß die jährliche Verkehrssteigerung je 300 000 Fahrgäste betragen würde, könnte nur mit einer jährlichen Mehreinnahme von rund 30 000 M. gerechnet werden; an eine Ausgütung der Mehrausgaben wäre also gar nicht zu denken.

Ergab also die erste Rechnung, daß unter Verzicht auf jede Verkehrsverbesserung und Preisermäßigung nach Berücksichtigung der Tilgungsverpflichtungen und der nötigen Abführungen zum Erneuerungsfonds ca. 297 500 M. zuzuschlagen waren, unter Berücksichtigung der Lohnfrage bis über 350 000 M. so würde sich dieser Selbstbetrag durch Einführung von Verkehrsverbesserungen, also durch Erfüllung der Voraussetzungen, die die Bevölkerung als selbstverständliche Folge der Verstaatlichung betrachtet, auf über 800 000 M. jährlich erhöhen, und es ist sonach noch eine günstige Annahme, wenn der Delegierte für die Straßenbahnen nur mit einem Reibetrag rechnet, der sich jährlich zwischen 500- und 600 000 M. bewegt.

Die Frage, ob selbst angesichts solcher Opfer die Stadt zur Übernahme der Straßenbahnen, also zur Abkündigung des Re-

trags auf den 1. April 1917, schreiten soll, ist nach diesen Ausführungen nicht allzu schwer zu beantworten.

1. Nach den Beträgen hat die Stadt das Recht, nach Ablauf der Konzeptionsdauer, also am 1. April 1929 (also 12 Jahre nach dem 1. April 1917, zu dem längstens geläufigsten werden kann), die gesamten Anlagen sowie alle übrigen zu den Zwecken der Bahn dienenden Anlagen nicht das gesamte Inventar zum Schätzungszeitpunkt zu übernehmen.

Der tatsächliche Wert des derzeitigen Anlagekapitals ist, wie sich aus vorstehenden Ausführungen ergibt, mit höchstens 5 Millionen Mark zu berechnen; nach Ablauf der Konzeptionsdauer wird dieser Wert — selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß in den kommenden 12 Jahren neue Bauten und Linien mit entsprechenden Werten nicht hinzutreten — mit einem weit geringeren Betrag in Rechnung zu stellen sein;

es wird also, wenn die Bahn erst 1929 erworben wird, nicht nur die Differenz zwischen dem jetzigen Kaufpreis von 12 Millionen Mark und dem Zeitwert von höchstens 5 Millionen erpart werden, sondern ein ganz erheblicher Betrag über diese 7 Millionen Mark hinaus erpart werden können.

Da diese 7 Millionen Mark, wenn die Stadt jetzt erwerben würde, innerhalb der 12 Betriebsjahre bis 1929 aus dem Betrieb unter keinen Umständen herausgewirtschaftet werden könnten — das haben die Ausführungen zur Genüge gezeigt, — wäre das Unternehmen auch noch 1929 und weit über dieses Jahr hinaus durch die jetzt nötige ganz außerordentliche Überzahlung belastet, die auch die Entwicklungsmöglichkeit des Unternehmens empfindlich stören würde.

2. Die Zubyßen der Stadt, die sich, ganz gering gerechnet, auf mindestens 500- bis 600 000 M. jährlich berechnen, müßten durch Steuern gedeckt werden. Nach Lage der Verhältnisse läme hierfür lediglich die Einkommensteuer in Frage. Bei dem derzeitigen Satz der Einkommensteuer von 125 Prozent stellt sich der tatsächliche Eingang der Einkommensteuer auf 3 1/2 Millionen Mark, und es würde allein wegen des Erwerbs der Straßenbahnen zur Aufbringung der Zubyßen eine Erhöhung von 15 bis 16 Prozent erforderlich sein; dabei ist zu beachten, daß mit der Wahrscheinlichkeit der Aufrechterhaltung des Satzes von 125 Prozent mit der Länge des Kriegs ohnedies schwerlich zu rechnen sein dürfte. Nimmt man also den günstigen Fall an, daß nach dem Krieg und nach Verzinsung und ordnungsgemäßer Tilgung der bis zum Ende des Kriegs aufgewachsenen Kriegsschulden ein Einkommensteuersatz von 140 Prozent im ersten Friedensjahr erhoben werden müßte, — es ist das eine Annahme, die nach den von anderen Städten bereits vorgenommenen Steuererhöhungen Wiesbaden noch den niedrigsten Satz unter den Städten betragen würde, — so wäre in diesem Einkommensteuerjahr noch nicht einmal eine Deckung für Erfüllung neuer Aufgaben der Stadt und für ihre Weiterentwicklung enthalten. Unter diesen Verhältnissen würde es sich nicht rechtfertigen lassen, allein wegen einer einzigen Maßnahme, der Verstaatlichung der Straßenbahnen, so wünschenswert und notwendig sie auch erscheinen mag, eine nicht unerhebliche Steuererhöhung eintreten zu lassen angesichts der Tatsache, daß bei einer Verstaatlichung des Erwerbs bis 1929 im Betrieb der Bahn in Händen der Stadt eine auskömmliche Rente gesichert und alsdann eine Inanspruchnahme der Steuerzahler ausgeschlossen ist.

Dazu kommt, daß die Steuerfrage ja nicht allein von dem Gesichtspunkt der Gemeindesteuer betrachtet werden muß; es treten hinzu die neuen Steuern bzw. beträchtliche Steuererhöhungen, die das Reich wie Preußen einführen bzw. eintreten lassen müssen.

Die Lasten, die nach dieser Richtung nach dem Krieg trotz eventueller Kriegsschadensabfertigung kommen müssen, werden erheblich sein.

Allein das Reich hat bis jetzt 40 Milliarden Schulden aufgenommen, die verzinst und getilgt werden müssen; der Umfang solcher Aufgaben wird klar, wenn man bedenkt, daß in den ersten 40 Jahren des Bestehens des Reichs von 1870 bis 1910 nur 4 Milliarden Schulden sich aufstauten, während nunmehr in 1 1/2 Jahren der zehnfache Betrag aufgenommen werden mußte. Man braucht nicht davon zu zweifeln, daß die Erfüllung dieser schweren Aufgabe gelingen wird; man braucht insbesondere nicht zu zweifeln, daß es deutscher Tatkraft und Lethaftigkeit gelingen wird, den kommenden Steuerlasten eine Vermehrung des Nationalvermögens und gesteigerte Verdienstmöglichkeiten gegenüberzustellen; man kann auch ruhig hoffen, daß Wiesbaden, das infolge seines Sondercharakters als Kur- und Fremdenstadt während des Kriegs nicht unerheblich leiden mußte, gerade wegen dieses Sondercharakters, nach dem Krieg neuen wirtschaftlichen Aufschwung nehmen wird; immerhin aber steht demgegenüber eine erheblich vermehrte Steuerlast des Reichs und des Staats und der Gemeinde, die schließlich ja immer aus einer Tasche bezahlt werden muß. Inwieweit wird es nach dem Krieg zu der ersten Aufgabe der Gemeinde gehören, dem Bürger nicht unbedingt notwendige Ausgaben und damit eine Vermehrung der Gemeindesteuerlast zu ersparen und ihm auch hiermit einen Ausgleich zu geben gegen Steuererhöhungen des Reichs und des Staats, die ja als Kriegsfolge nicht zu vermeiden sind. Und so darf ich wohl erwidern, daß auch dieser Gesichtspunkt der Verhältnisse es verständlich machen wird, wenn unter diesen ganz besonders erschwerten Verhältnissen von dem Anlauf der Straßenbahnen zurzeit abgesehen wird. Gewiß muß dabei auf die Vorteile des städtischen Betriebs verzichtet werden, auf billigere und bequemere Fahrt, aber schließlich wird man sich in den ersten Jahren nach dem Krieg überhaupt daran gewöhnen müssen, auf allen Gebieten des Lebens etwas anspruchsloser zu werden; das wird sich nicht ändern lassen.

Man soll der städtischen Verwaltung auch nicht fagen, daß sie mit diesen Ausführungen — so weit sie steuerlicher Natur sind — zu viel Rücksicht nimmt auf die hier wohnenden begüterten Klassen. So liegt die Sache nicht. Die Steuererhöhung trifft gleichmäßig alle Kreise; man soll ja nicht vergessen — und ich habe hierauf von dieser Stelle aus schon öfters hingewiesen —, daß wir in unserer Stadt eine außerordentlich ungünstige Verteilung des Volkseinkommens haben, daß wir beispielsweise im Steuerjahr 1913/14, für das die Veranlagung nach im Frieden vorgenommen wurde, bei rund 32 000 Einkommensteuerpflichtigen 20 000 Einkommensteuerpflichtige mit einem Einkommen unter 5000 M. hatten (darunter 24 000 mit einem Einkommen unter 3000 M.), die der Stadtverwaltung nach dem Krieg dankbar sein werden, wenn es gelingt, die Gemeindesteuerlast auf erträglicher Höhe zu halten. Auch von diesem Gesichtspunkt aus

ist das Opfer, das die Stadt zurzeit mit dem Erwerb der Straßenbahn bringt, zu groß.

Die erreichbaren Vorteile lassen sich nicht in Einklang bringen mit der unvermeidbaren nach dem Krieg doppelt fühlbaren Steuererhöhung und mit der Tatsache, daß das Unternehmen mit einer Überzahlung (über den tatsächlichen Wert hinaus) von mindestens 7 Millionen Mark erworben werden muß.

Ein mit solcher Überzahlung vorgenommener Erwerb heißt nichts weiter, als das Unternehmen mit 140 Prozent überzuplatzieren trotz der Tatsache, daß nach Ablauf von 12 Jahren eine solche Überzuplatzierung nicht mehr nötig ist. Ein solcher Vorgang wäre vielleicht möglich in Friedenszeiten bei glänzenden finanziellen Verhältnissen und reich dotierten Fonds; jetzt aber mitten in einem Krieg, dessen Ende unabsehbare Umwälzungen zeitigen kann, ist er einfach unmöglich. Das hieße ja gegen die nach dem Krieg wichtigste Aufgabe der städtischen Verwaltung verfahren, für die Gesundung der städtischen Finanzen zu sorgen und der Bevölkerung erträgliche Steuerverhältnisse zu erhalten.

3. Verbietet es sich also schon mit Rücksicht auf diese Aufgabe, den Erwerb der Straßenbahn schon jetzt zu einem übermäßig hohen, große Zubyßen erfordernden Preis zu erwerben, so ist es andererseits noch weniger zu rechtfertigen, durch einen sofortigen Anlauf die zurzeit nach anderer Richtung tatkräftig so günstige Lage der Stadt preiszugeben.

Durch die Nichtausübung des Ankaufsrechts entgeht der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft zurzeit ein außerordentlich günstiges Verkaufsgeschäft.

Am 1. April 1917 ist das Unternehmen für die S. E. G. 12 Millionen Mark wert; am 1. April 1929 stellt das gleiche Unternehmen für sie nur noch den Schätzungszeitpunkt von 1929 dar, der aller Voraussicht nach weit unter dem Zeitwert von 5 Millionen Mark bleibt. Mit jedem der zwischen diesen beiden Terminen liegenden 12 Jahre wird die Lage somit für die Süddeutsche ungünstiger, für die Stadt günstiger. Läßt die S. E. G. diese 12 Jahre ungekühlt verstreichen, so sieht sie sich am 1. April 1929 einem Verlust von mindestens 7 Millionen Mark gegenüber. Die Folgen, die aus solcher Lage zu ziehen sind, ergeben sich für die S. E. G. von selbst. Ob und zu welchem Zeitpunkt diese Folgen sich zeigen werden, etwa in Anbahnung von für die Stadt günstigeren Verträgen oder eines niedrigeren Verkaufspreises der Bahn, darüber sind zurzeit Erörterungen ebensowenig angebracht, wie über die Entscheidung, die die Stadt auf solche Vorschläge treffen wird. Die S. E. G. ist während der noch 12jährigen Dauer der Konzeption zu jeder Zeit in der Lage, solche Vorschläge zu machen, ebenso wie der Stadt das Recht zusteht, nicht nur schon jetzt oder ab 1. April 1916 mit einjähriger Kündigungsfrist den Vertrag zu kündigen, sondern auch in jedem der 12 Jahre, so lange die Konzeption noch dauert.

Meine Herren! Ich habe jedes nähere Eingehen auf Einzelheiten vermieden, mich lediglich an die großen Gesichtspunkte gehalten und versucht, eine Darstellung zu geben, die wohl auch außerhalb der Stadtverordneten-Versammlung von den der Sache ferner Stehenden verstanden werden wird; schon aus triftlichem Interesse an einer für die Stadt günstigen weiteren Entwicklung der Angelegenheit wäre es mir außerordentlich erwünscht, wenn die verehrl. Stadtverordneten-Versammlung nunmehr dazu gelangen würde, sich dem einstimmig gefaßten Beschluß des Magistrats, von einer Kündigung des Vertrags mit der S. E. G. zurzeit abzusehen, anzuschließen würde, einem Beschluß, der zugleich der einstimmige Beschluß der Verheiratheten- und Jünger-Finanz-Ausschüsse ist.

Die Ausführungen des Oberbürgermeisters wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Stadtv. Dr. Dreher teilte mit, daß sich der Finanzausschuß bereits mit der Angelegenheit beschäftigt und ihn zu der Erklärung ermächtigt habe, die einstimmige Annahme der Magistratsvorlage zu empfehlen. — Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde einstimmig beschlossen:

Die Stadtverordneten-Versammlung nimmt von dem Vortrag des Oberbürgermeisters und dem Antrag des Magistrats zustimmend Kenntnis.

Genehmigt wurden darauf: 27 000 M. für die Ausführung von Ausbesserungsarbeiten der Dampfessel- und Kesselanlage im städtischen Schlachthof (Berichterstatter: Stadtv. Regierungsrat Lohje); 8000 M. für die Unterbringung der kaufmännischen Fortbildungsschule in die provisorischen Schulräume des Hygieums 2 (Berichterstatter: Stadtv. Hansohn); 12 000 M. für Verbesserung der Mägen von Hausmüll- und Abfälschen des städtischen Krankenhauses (Berichterstatter: Stadtv. Kalkwasser); 16 200 M. für die Einrichtung der chirurgischen Abteilung im Pavillon 2 des städtischen Krankenhauses und 14 000 M. für die Beschaffung von Inventar für dieselbe Abteilung (Berichterstatter: Stadtv. v. Hirsch). — Über die Einsetzung einer gemischten Kommission zur Prüfung der Frage, betreffend die Vereinigung der Staats der Hauptverwaltung, berichtet der Vorsitzende des Finanzausschusses, Stadtv. Dr. Dreher. Der Magistrat hat ersucht, die Stadtverordneten-Versammlung möge sich grundsätzlich mit der Prüfung der Vereinigung der Staats einverstanden erklären und drei Mitglieder für die gemischte Kommission in Vorschlag bringen. Der Finanzausschuß war jedoch der Meinung, daß es sich bei der Wichtigkeit der Sache empfehle, die vier Finanz-Sachverständigen der Stadtverordneten-Versammlung in die Kommission zu wählen; er beantragte demgemäß die Wahl der Herren Dr. Dreher, Dr. Dyckerhoff, Glaeser und Purrucker. Seinem Antrag wurde stattgegeben. — Die Wahl der Mitglieder der ständigen Ausschüsse, Deputationen usw. erfolgte nach den Vorschlägen des Wahlausschusses, für den Stadtv. Purrucker berichtete. — In die Kriegsfürsorge-Kommission wurde an Stelle des aus der Stadtverordneten-Versammlung ausgeschiedenen Herrn Baumbach Stadtv. Ochs und zum Armenpfleger für das 6. Quartier des 9. Armenbezirks der Kaufmann Philipp Rissel, Röderstraße 21, gewählt. — Gegen die feste Anstellung der Gewerbeschulzlehrerin Frä. Luise Widmayer und die Festlegung des Wägen- und Wägengeldes für die Witwe des gefallenen Mittelschullehrers Engert wurde nichts eingebracht. — Stadtv. Max Müller berichtete über die Vorlage des Magistrats auf Erhöhung der Familienzulage für städtische Arbeiter und Angestellte. Beschlossen wurde, vom 1. Januar ab die den Arbeitern und Angestellten gewährte

Familienzulage von 6 M. auf 7,50 M. für jedes Kind zu erhöhen, und den weitergehenden Antrag einer Anzahl Arbeiter abzulehnen. Der Vorsitzende teilte mit, daß er in dieser Angelegenheit zwei anonyme Eingaben erhalten habe. Da er aber grundsätzlich von anonymen Zuschriften keine Kenntnis nehmen, habe er die beiden Eingaben nicht an den Ausschuß weitergegeben. — Der öffentlichen Sitzung schloß sich eine geheime Sitzung an.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— Die Preussische Verlustliste Nr. 444 liegt mit der Liste Nr. 4 des Vermissten-Nachweises, der Bayerischen Verlustliste Nr. 248, der Bürttembergischen Verlustliste Nr. 340 und der Marine-Verlustliste Nr. 63 in der Tagblattsalterhalle (Auskunftsstall links) sowie in der Zweigstelle Bismarckring 19 zur Einsichtnahme auf. Sie enthält u. a. Verluste der Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 223 und 224.

— Kleine Notizen. Das Rührergesetz des Vereins für Schwerkörpers, das am 3. Februar von 4 1/2 bis 6 1/2 Uhr, Rainer Straße 63 stattfindet, arbeitet für die Deutschen in Belgien, wo die Not sehr groß ist.

Vorbericht über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* Kurhaus. Das abendliche Abonnementskonzert heute Samstag findet als „Deutscher Opern-Abend“ unter Kapellmeister Hermann Frimmers Leitung statt. — Für den Robert-Schumann-Abend, ausgeführt von Hans Herchhammer (Sopran), Clara Herchhammer (Sopran und Rezitation) und Karl Schürich (Klavier), welcher übermorgen Sonntag, abends 8 Uhr, im kleinen Saal stattfindet, ist ein äußerst reichhaltiges Programm zusammengestellt worden. In der ersten Abteilung gelangen folgende Zwischengänge zum Vortrage: „Eich, Lieb und Freud“, „Auf dem Rhein“, „Tragödie“ und „Liebe, was kann denn uns scheiden?“, es folgen Oratorien und Rezitation aus Heinrich Heines „Lucifers Intermezzo“ und zum Schluß die Arie: „Anfangs war ich kalt und zornig“, „Ich wandelte unter den Bäumen“, „Der große Wandermann“ und „Sag an, o lieber Vogel mein“.

* Kleiner Stadttheater. Sonntag, den 6. Februar, nachmittags 3 Uhr: „Ein toller Einfall“. Abends 7 Uhr: „Die lustigen Weiber von Windsor“. Dienstag, den 7.: „Riquan“. Mittwoch, den 8.: „Der liebe Augustin“. Donnerstag, den 9.: „Der Prophet“. Samstag, den 12.: „Der Schatz der Dämonen“. Sonntag, den 13., nachmittags 3 Uhr: „Die Eide“. Abends 7 Uhr: „Polenblut“.

Wiesbadener Vergnügungs-Bühnen und Lichtspiele.

* Monopol-Lichtspiele, Wilhelmstraße. Die Berliner Feste bezeichnen den viertägigen Film „Das Geheimnis des D. 14. 2.“, der als Erstaufführung ab heute als Dienstag in den Monopol-Lichtspielen läuft, als einen der besten der bisher auf diesem Gebiet erschienenen. Als Extra-Einlage läuft in diesem Programm der auf Punsch verlängerte Lustspiel-Film mit Lisa Weiss: „Karlss Hühnerherber“ (nicht zu verwechseln mit ähnlich lautendem Lustspiel) Ab Mittwoch: „Eine Waise floh zum Väter“, ein ausgezeichneter Fern-Andra-Film.

* Kleinhöftheater, Launstraße 1. Heute, wo die Augen der ganzen Welt auf den Balkan gerichtet sind, einige Bilder aus den Kriegen, in welchen die blutigen Kämpfe kriegshunnen, jaden, von hochaktuellem Interesse. Es wird sehr erwünscht sein, die Gebiete von Belgrad, den Übergang über die Donau, von den Kämpfen im Drina- und Bistritza-Fluss, von den Kämpfen in den Städten und Dörfern, die im Film vorüber, damals nicht ahnend, daß sie in so kurzer Zeit der Schauplatz so blutiger Kämpfe würden. Jeder Besucher wird dankbar sein, die Jugend mit eigenen Augen zu sehen. Ferner bringt der Spielplan das neueste Schauspiel von Wanda Treumann und Wigo Berlin, das alleseitig beliebte Puppentheater in dem feinen Lustspiel: „Karlss Tante“ und auf vielfacher Wunsch das großartige Volksstück „Die Welt mit Wägen und Pfählen“. Die Berichte von sämtlichen Kriegsschauplätzen, neueste Foto-Wochen, bilden einen würdigen Schluß des Programms.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— Dohheim, 3. Febr. Der „Gesangsverein Dohheim“, der auf ein hundertjähriges Bestehen zurückblicken kann, zählt zurzeit 217 Mitglieder, von denen 75 unter den Waffen stehen. Im letzten Jahre sind 7 Mitglieder durch Tod abgegangen, 5 davon auf dem Felde der Ehre gefallen. Das Vereinsvermögen beträgt 5988 M. 81 Pf. In großartiger Weise hat der Verein im letzten Jahre für seine im Felde stehenden Mitglieder gesorgt, indem diese nicht nur mit Lebensmitteln bedacht wurden, sondern ihre Familien auch noch Geldbeihilfen erhielten. Auf die dritte Kriegskasse hat der Verein fast seinen ganzen Bestand gezahlt. Dem Kinderchor wurden 100 M., der Kriegsvericherung der Gemeinde 50 M. überwiesen. In der dieser Tage abgehaltenen Jahresversammlung wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt.

Neues aus aller Welt.

Schlagwetterentzündung im Dortmunder Bergrevier. W. T. B. Dortmund, 4. Febr. Auf der Zube „Roter Vogel“ und „Unverdorben“ in Schüren bei Herde, Bergrevier Dortmund, fand heute vormittag in einem Abraum in dem Hölz „Hinsdorf“ eine Schlagwetterentzündung statt. Ursache der Entzündung ist wahrscheinlich das Erglühen des Drahtseils einer Seilwinde. Ein Kohlenhauer wurde getötet, zwei Leute schwer, fünf mittelschwer und ein Etager leicht verletzt.

Feuer im kanadischen Parlamentsgebäude. W. T. B. Ottawa, 4. Febr. Heute um 10 Uhr: Heute abend entstand im Parlamentsgebäude ein Brand. Die Abgeordneten reiteten sich unter Schirmherrschaft. Wie berichtet wird, dürfte das Gebäude vollständig zerstört sein. Der Feuerwehrrat ist es gelungen, das Feuer im Parlamentsgebäude zu bewältigen. Der Schaden wird auf fünf Millionen Dollar geschätzt.

Wegen Durchsicherungen verhaftet worden. Genf, 4. Febr. In Paris ist wegen Durchsicherungen der Ökonomie des Pariser Eisschiffes Hülfsverzeins, Rumann, verhaftet worden.

Strandung japanischer Dampfer. London, 4. Febr. Siegel meldet die Strandung des japanischen Dampfers „Kishu Maru“ (8000 Tonnen) in der Straße von Shimoda und des japanischen Dampfers „Chikyu“ (5112 Tonnen) bei Yokohama.

Ein Kaffeehausbrand in Mexiko. Genf, 4. Febr. Doner Blätter berichten aus Mexiko: Um gegen die Verordnungen zu protestieren, die die Wägenbesitzer den Kaffees und Kaffeehandels von Mexiko auferlegten, schlossen die Kaffees und Bars am gestrigen Tage ihre Türen. In der Nähe des Bahnhofs und am alten und neuen Hafen waren alle Türen geschlossen. Barons wurden durchgesehen die Straßen. Der Protest, der sich an dem Protest nicht beteiligen wollte, wurde mit Steinen beworfen.

22 = Reklamen. = 22

ZAHN-CREME
und
Mundwasser

KALODONT

G. A. R.

Verkaufe

Privat-Verkaufe.

Weiße Schmierleiste Fund 45 Pf. bei Schuster, Schwanenstraße 36, 6. 11

Goldwaare!

Goldwaare - Geschäft der chem. Branche, 10 J. bestehend, in seine Erzeugnisse durch Rohmaterialienverhandlung regelmäßig absetzt u. einen Durchschnittsjahresgewinn v. 20.000 Mk. erzielt, ist beabsichtigt, im hiesigen halber fort zu betreiben. Erforderl. Kapital ca. 30.000 Mk. Erhöht Angeb. u. 590 Tagbl.-Verl.

Leichter Jagdwagen, auch für and. Zwecke zu gebrauchen, spottbillig zu verk. Reichstraße 13.

Brennholz

bill. abg. Niederwaldstr. 14, P. 1.

Gändler-Verkaufe.

Manarivogel, nur feinste Sänger, Stamm Seifert,

von 5 Mk. an, gute Weibchen 3 St. 2.50 Mk. Nachnahme. - Verpackung billigt.

C. J. Wagner, Feinzüchter, Gonsenheim bei Mainz.

Pianos

G. Vöhrger, Schwalb. Str. 1.

Sanfteinlege

Einspanner-Pony

mit Geschirr u. Aufschwager zu kauf. gesucht. Billigste Preisangebots unter 51 an den Tagbl.-Verlag erbeten.

Damen-Brillantring zu kaufen ges. Off. mit Preis unt. 14.959 an D. Hrenk, Mainz, P. 14

Pianino, gut erh., zu kaufen gesucht. Off. u. 5. 595 an den Tagbl.-Verlag.

Brillanten-Sammlung. Marken aus den Jahren 1850-75 usw. zu kaufen gesucht. Offerten u. 5. 595 an den Tagbl.-Verlag.

Gut erh. Damen-Schreibtisch ob. H. Herren-Schreibtisch zu kaufen gesucht. Preis mit Freisang. unter 5. 590 an den Tagbl.-Verlag.

Kaufe in Wiesbaden

nur Dienstag,

den 8. Februar, von 9-7 Uhr

alte, auch zerbrochene Gebisse

im Hotel und Autom. „zur Post“, Zimmer 4, 1. Stod.

Zahle pro Stck bis 7 Mk.

Frau Willig.

Platin

per Gramm Mk. 7.20

wird allezeit gegen sofortige Kassa angekauft. Sendungen werden bald und reell erledigt. Kaufe auch

Gold, Silber und Gebisse zu den höchsten Tagespreisen. FS

Gold- und Silber-Schmelzerei

Jacob Teichler, Nürnberg (Bayern), Rosental 21. Tel. 6058.

Frau Klein, Conting. 3, 1.

Telephon 3490, kein Laden, jagt den höchsten Preis für gutgeh. Herren- u. Damenkleid., Schuhe, Möbel.

Frau Stummer, Reugasse 19, 2. St., kein Laden, Telephon 3331

jagt allerhöchst. Preise f. getr. Herr.-Damen- und Kinderkleider, Schuhe, Mäntel, Pelze, Gold, Silber, Brillanten, Schmuckstücke und Zahngelbisse.

Kriegersfrau

bittet die geehrten Herrschaften um Abgabe von getragenen Kleidern u. Schuhen. Gabe hohe Preise dafür. Off. u. 2. 590 an den Tagbl.-Verlag.

Cumpen, F. Schm., Papier, Sack

tauft S. Arnold, Drudenstraße 7.

Für ein größeres Detailgeschäft wird eine wenig gebrauchte

Reg.-Masse

beste Konstr., bill. zu kaufen gesucht. Genaue Angeb. m. Preis u. Angabe der Garantie u. 64 Tagbl.-Verlag.

Säcke aller Art kauft D. Sinner, Reichstr. 11. Teleph. 4878.

Küchenabfälle zu kaufen gesucht. Off. u. 3. 583 an den Tagbl.-Verlag.

12 Mistbeetfenster zu kauf. ges. Größe 150 zu 120 cm. Vierstader Straße 86.

Badigeinlege

Garten zu pachten gesucht. Off. u. 3. 583 an den Tagbl.-Verlag.

Schreibergart. zu p. ges. Nordwestl. Off. Penf. Brieger, Schwalb. Str. 52

Geldverkehr

Kapitalien - Gesuche.

20.000 Mk.

bar oder 22.000 Mk. Staatspapiere gesucht. Genaue Angeb. des borch. Teiles einer Hypoth. im Range einer ersten. Die Diff. zu einer 5 %igen Verzinsung wird vergütet. Angeb. u. 9. 583 an den Tagbl.-Verlag.

Kapitalien - Angebote.

45-50.000 Mk. auf 1. Hyp. auszuliehen. Näh. unter 9. 5. 28 hauptpostlagernd.

Immobilien

Immobilien - Verkäufe.

In Wiesbaden zu verk. ob. zu verm. Sahnstraße 1 Villa a. Alleenwegh. 8 3/4, Garten usw. Näheres S. Karstraße 8. Miete 3000 Mk.

Verloren - Gefunden

Kleiner brauner Hund mit weißer Brust entlaufen. Wiederbringen gegen gute Belohnung Adolfsallee 22, 2.

Unterricht

Kunstgeschichte, Philosophie, Literatur.

Anmeldungen für Kurse u. Einzelunterricht nimmt entgegen

Dr. Adele Reuter, Amelsberg 2. :: Fernruf 4744.

Geschn. Empfehlungen

Gutbürgerlichen Mittagstisch 90 Pf. Kirchstraße 43, 2.

Pelzholen, Mäntel, Mäntel

m. rep., umgearbeitet u. gefüttert. Reichstraße 28, Mittelbau 1. St.

Alle Schneiderarbeiten m. prompt erledigt. Albrechtstraße 32.

Perfekte Schneiderin nimmt noch einige Kunden an, nur außer dem Hause. Frau Trautmann, Albrechtstraße 34, 1. links.

Konfirmationskleider, Röcke, Blusen, sowie elegante u. einfache Kleider werden zu mäßig. Preisen angefertigt. Seidenstraße 1, 2. Etage.

Damenschneider fertigt Kostüme, garantiert gut sitzend, für 25 Mk. Angeb. u. 9. 103 an den Tagbl.-Verl.

Güte für die Uebergangszeit werden sich u. billig gearbeitet. Siegel, Webergasse 28.

Mäntel u. Kleider zum Ausbessern m. ang. Kleiderstr. 47, Ebf. 1. P.

Schwed. Heilmassage. Behandl. v. Frauenleiden, Stachel. ged. Ritsi Enosi, Schwalb. Str. 10, 1.

Massage - Fußpflege. Anna Lebert, ärztl. geprüf., Goldgasse 13, 1. Torcing. r. Nähe Langg.

Fußpflege - Massage. Elise Womersheim, ärztl. geprüf., Kerkstr. 5, 1. Tel. 4322. R. Kocher.

Massage - Heilgymnastik. Frieda Michel, ärztl. geprüf., Tannstraße 19, 2. Nähe Kochbrunn.

Massage - Nagelpflege. (ärztl. Schulgasse 7, 1.)

Nagelpflege Annie Süß, Webergasse 23, III.

Heilmassagen.

Lilli Seifert, Langgasse 39, 2. ärztl. gepr.

Thure-Brandt-Massagen Marj Kamelsky, ärztl. gepr., Bahnhofstraße 12, 2.

Berschiedenes

Witwe, im Restaur. Bach tüchtig sucht kl. Geschäft

oder die Vertretung ähnl. Geschäftes sofort od. später zu übernehmen. Off. unter 9. 590 an den Tagbl.-Verlag.

Teilhaber od. Teilhaberin

für ein Geschäft auf 6 Monate gesucht mit 20-30.000 Mark gegen abso. Sicherstellung. Garant. Verdienst mindestens 20 %. Nur ganz ernste Angeb. v. Selbstgebern erbeten unter 9. 590 an den Tagbl.-Verlag.

Heirat.

Gabe Aufträge aus ersten Finanzreifen. Anbahnung von Schicksal u. für Damen ganz kostenlos. Frau Saad, Luisenstraße 22, 1.

Gebild. Witwer

i. d. 40er J. eig. Geschäft, f. Wel. geh. Dame m. Verm. am. Vertr. Off. unter 9. 590 an den Tagbl.-Verlag

Bestituierter städtischer Herr, Anfang 40, sucht mit einer hochgebild. sympath. Dame in d. 30er Jahren zw.

Heirat

Bekannt zu werden. Neben größerem Vermögen wird vor all. Wert auf gute Seelenbildung u. Sinn für eine geordnete häuslichkeit gelegt. Vertrauensvolle Off., mögl. mit Bild u. näheren Angaben, beiderseitig unter 9. 590 an den Tagbl.-Verlag, Frankfurt a. M.

Heirat.

Welterer tüchtiger Rechtsanwalt mit festem lebenslanglichem Einkommen wünscht sich wieder zu verheiraten. Witwe mit Kindern nicht ausgeschlossen; geht auch ins Ausland. Angebote zu richten an Roman in Diebich, Kaiserstraße 53, 1.

Amliche Anzeigen

Am 14. Februar 1916, vormittags 10 Uhr, werden an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 61, mehrere in hiesiger Gemerkung belegene Grundstücke: Karstraße, „Kleinbader“, 2. Gewann, u. „Schwarzenberg“, 1. Gewann, zusammen 91 ar 90 qm groß, nach selbstgeschätzter Schätzung zusammen 116.448 Mark wert, Eigentümern: 1. die Ehefrau Johanne Herrmann, Emilie geb. Thon in Köln, Heinrich und Ernst Thon in Wiesbaden, zwangsweise versteigert. F 315

Wiesbaden, 31. Januar 1916.

Königl. Amtsgericht, Abteilung 9.

Petr.: Unbefugte Verletzung von Dienstgeheimnis.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes vom 4. 6. 1851 bestimme ich für den mir unterstellten Korpsbezirk und im Einvernehmen mit dem Gouverneur auch für den Befehlsbereich der Festung Mainz:

Wer es unternimmt, ohne schriftlichen, mit Siegel- oder Stempelbedruck versehenen und ordnungsmäßig unterschriebenen Auftrag einer Militärbehörde

1. Siegel oder Stempel mit auf Militärbehörden bezüglichen Inschriften,

2. Vorzüge zu Militärurlaubsscheinen,

3. Vorzüge zu Militärfahrtscheinen anzufertigen, oder bereits angefertigte Gegenstände dieser Art oder Abdrücke der zu 1. genannten Siegel oder Stempel außerhalb der dienstlichen Zuständigkeit an einen anderen als die Behörde entgegenfalls oder unentgeltlich zu verabfolgen, wird, sofern nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis bis zu einem Jahre, oder beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Frankfurt a. M., 15. Jan. 1916.

18. Armee-Korps.

Stellvertretendes Generalkommando. Der Kommandierende General: Ges. Freih. von Gall, Gen. der Inf.

Verordnung.

Petr.: Behandlung von Geschlechtskrankheiten durch nicht approbierte Personen.

Am Anschlag an meine Verordnung vom 18. Februar 1915 - IIIb 701/1492 - bestimme ich:

1. Die Behandlung von Geschlechtskrankheiten durch nicht approbierte Personen.

2. Das Anbieten und die Abgabe von Heilmitteln, die für die Behandlung von Geschlechtskrankheiten bestimmt sind, ohne ärztliche Verordnung.

II. Prostituierten, die unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehen und ihren Wohnsitz in einer bestimmten Stadt des Korpsbezirks haben, wird verboten, die Stadt während der Kriegsdauer zu verlassen. Von diesem Verbote können durch ortspolizeiliche Erlaubnis für den Einzelfall Ausnahmen zugelassen werden.

Unverheirateten unterliegen der Bestrafung nach § 9 b des Gesetzes über den Verleumdungszustand vom 4. Juni 1851.

Frankfurt a. M., 22. Jan. 1916.

18. Armee-Korps.

Stellvertretendes Generalkommando. Der Kommandierende General: Ges. Freih. von Gall, Gen. der Inf.

Bekanntmachung.

Den Landwirten wird unter Hinweis auf den Erlass des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 16. v. M. J. A. J. e 18924 - dringend empfohlen, ihren Prästirungsbedarf an Benzol unverzüglich zu decken, da zurzeit der Abzug aus den gefüllten Tanks der Benzolgewinnungs-Anstalten infolge Wundung des Heizölverbrauchs hoch, während im Frühjahr wieder mit einer beträchtlichen Steigerung der militärischen Bedürfnisse gerechnet werden muß. Notigenfalls werden sich die Beteiligten nicht ausschließlich an ihre bisherigen Bezugsquellen zu halten haben, sondern auch um neue bemühen müssen.

Notwendig kann von der Kriegsschmieröl-Gesellschaft, Berlin W. 8, Mauerstraße 25, bezogen werden. Anstatt Benzol muß Benzol verwendet werden. Wo ersteres etwa durchaus nicht entbehrt werden kann (zum Anlassen der Motoren), mühte es im freien Handel beschafft werden. Geringe Mengen wird die Deutsche Petroleum-Atien-Gesellschaft, Berlin W. 8, Mauerstraße 25, oder die Deutsche Erdöl-Atien-Gesellschaft, Berlin W. 35, Kurfürstenstraße 137, abgeben können.

Wiesbaden, 26. Januar 1916.

Der Polizeipräsident v. Schend.

Bekanntmachung.

Die Verordnung des Gouvernements der Festung Mainz vom 3. Januar d. J. - Abteilung M. V. Nr. 24043/7911 - betreffend das Verbot von Ausverkäufen für Wein und Spirituosen, behält auch für den Monat Februar Gültigkeit.

Wiesbaden, den 1. Febr. 1916.

Der Polizeipräsident v. Schend.

Bekanntmachung.

Kohlen für verköhlte Arme.

Durch die Militärpflicht der Wiesbadener Einwohnerschaft war die hiesige Armenverwaltung im verflochtenen Winter in der Lage, 1252 Jtr. Kohlen an verköhlte Arme, die durch Arbeitslosigkeit oder aus sonstigen Gründen sich in Not befanden, öffentliche Armenunterstützung aber nicht in Anspruch nehmen wollten, abzugeben. In diesem Winter treten die Ansprüche infolge des Krieges, der anhaltenden Teuerungserhältnisse und der zu erwartenden Arbeitslosigkeit besonders häufig an

uns heran. Wir sind aber nur dann in der Lage, dem vorhandenen Bedürfnis Rechnung zu tragen, wenn uns für den genannten Zweck ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Wir erlauben uns daher, an die hiesige Einwohnerschaft die ergebenste Bitte zu richten, uns durch Zuwendung von Geldmitteln in die Lage zu versetzen, den verköhlten Armen die äußerst zweckmäßige Unterstützung an Kohlen zu gewähren.

Gaben, deren Empfang öffentlich bekanntgegeben wird, nehmen entgegen die Mitglieder der Armen-Deputation, und zwar die Herren: Stadtrat Rentner Kraft, Viebrücker Str. 36; Stadtvorstand Eul. Niggenhandlung, Reichstraße 9; Stadtvorstand Sanitätsrat Dr. Rörbting, Albrechtstraße 3; Stadtv. Baumunternehmer F. H. Kaiser, Friedrich-Ring 74, 1; Rechnungsrat Franz Adolfs Buch, Seidenstraße 33; Bezirksvorsteher Rentner Jengel, Tannstraße 6, 1; Bezirksvorsteher Stellvertreter Denrich, Erbacher Str. 6; Bezirksvorsteher Privatier Karl Wrigg, Albrechtstraße 31; Bezirksvorsteherstellvertreter Schlossermeister Karl Philippi, Seidenstraße 87; Bezirksvorsteher Rentner Kordisch, Luerichstraße 3; Bezirksvorsteher-Stellvertreter Elektr. Schiffer, Klebenring 1; Bezirksvorsteher Kaufmann Richter, Weststraße 6; Bezirksvorsteher-Stellvertreter Lehrer a. D. Kuboldt, Guban-Alfstraße 16; Bezirksvorsteher Kaufmann Stritter, Kirchgasse 74; Bezirksvorsteher-Stellvertreter Rentner Reichard, Mälerstraße 4; Bezirksvorsteher Schuhmachermeister Rump, Seelgasse 18; Bezirksvorsteherstellvertreter Rentner Peter Klein, Mälerstraße 12; Bezirksvorsteher Kaufmann Reih. Karkstraße 22; sowie das Städtische Armenbüro, Marktstraße 1, Jim. 22.

Derner haben sich zur Entgegennahme von Gaben guttätig bereit erklärt: Herr Kassierant Aug. Engel, Hauptstraße 12/14; Hauptgeschäft Wilschstraße 2; Wengasse 2 und Rheinstraße 123a; Herr Kassierant Emil Hees, Große Marktstraße 18; Herr Kassierant Karl Koch, Rindlergasse, Ecke Reichelsberg und Kirchgasse.

Wiesbaden, 21. Oktober 1915.

Ramens der städtischen Armen-Deputation:

Vorumann, Beigeordneter.

Städtische Anzeigen

Evangelische Kirche.

Sonntag, 6. Februar (5. n. Epiph.).

Marktkirche.

Jugendgottesdienst 8.45 Uhr: Fr. Dr. Reinecke. - Hauptgottesdienst 10 Uhr: Pfarrer Schüller. - Abendgottesdienst 6 Uhr: Fr. Bedmann. - Donnerstag, den 10. Februar, nachm. 5 Uhr: Kriegsanbacht in der Engl. Kirche. Pfarrer Schüller.

Verkirche.

Jugendgottesdienst 8.45 Uhr: Fr. Dr. Schüller. - Hauptgottesdienst 10 Uhr: Pfarrer Dr. Reinecke. - Abendgottesdienst 6 Uhr: Fr. Dr. Reinecke. - Kriegsanbacht: Mittwoch, den 9. Februar, abends 8.30 Uhr. Fr. Dr. Reinecke.

Ringkirche.

Jugendgottesdienst 8.45 Uhr: Fr. D. Schüller. - Hauptgottesdienst 10 Uhr: Pfarrer Dr. Reinecke. - Kindergottesdienst 11.30 Uhr: Fr. D. Schüller. - Abendgottesdienst 6 Uhr: Pfarrer Grein. - Kriegsanbacht: Mittwoch, den 9. Februar, abends 8.30 Uhr. Fr. Dr. Reinecke.

Lutherkirche.

Hauptgottesdienst 10 Uhr: Pfarrer Bedmann. - Kindergottesdienst 11.30 Uhr: Fr. D. Schüller. - Abendgottesdienst 6 Uhr: Pfarrer Grein. - Kriegsanbacht: Mittwoch, den 9. Februar, abends 8.30 Uhr. Fr. Dr. Reinecke.

Gottesdienst für Schwerhörige.

Sonntag, den 6. Februar, nachm. 3 Uhr: Gottesdienst in der Sakristei der Ringkirche. Pfarrer Reig.

Kapelle des Paulinenstifts.

Sonntag, vorm. 9.30 Uhr: Hauptgottesdienst. Fr. Christian. Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.

Katholische Kirche.

6. Sonntag nach Erschein. des Herrn. 6. Februar 1916.

Die Kollekte am heutigen Sonntag ist für die Kriegsfürsorge bestimmt und wird einkindlich empfohlen.

Starkkirche zum heil. Bonifatius.

heil. Messen: 6. 7 Uhr (heil. Kommunion des Mannen - Apostolats); 8 Uhr: heil. Messe mit Predigt (heil. Kommunion der Eris-Kommunikanten, Anaben) 8 Uhr: Kindergottesdienst (Ant) 9 Uhr: Hochamt mit Predigt. 10 Uhr: heil. Messe 11.30 Uhr. Nachm. 2.15 Uhr: Christenlehre mit Andacht; abends 6 Uhr: Kriegsanbacht. - Für den 8. Orden ist nachm. 4.30 Uhr Verköhlungen mit Predigt. - An den Wochenenden sind die heil. Messen um 6.30, 7.15, 7.40 und 8.30 Uhr; 7.40 Uhr sind Schaulmessen. - Notizen, abends 6.15 Uhr, ist gestiftete Andacht für die armen Seelen; Mittwoch, abends 6.15 Uhr, ist gestiftete Andacht zu Ehren des heil. Joseph. - Dienstag, Donnerstag und Sonntag, abends 6.15 Uhr, ist Kriegsanbacht. - Festtage: heil. Sonntag, morgens von 6 Uhr an, Sonntag, nachm. 3.30 bis 7 und nach 8 Uhr, an allen Wochentagen nach der Frühmesse; für Kriegsteilnehmer, Verwundete und Kranke zu jeder gewöhnlichen Zeit.

Verkirche.

Jugendgottesdienst 8.45 Uhr: Fr. Dr. Schüller. - Hauptgottesdienst 10 Uhr: Pfarrer Dr. Reinecke. - Abendgottesdienst 6 Uhr: Fr. Dr. Reinecke. - Kriegsanbacht: Mittwoch, den 9. Februar, abends 8.30 Uhr. Fr. Dr. Reinecke.

Ringkirche.

Jugendgottesdienst 8.45 Uhr: Fr. D. Schüller. - Hauptgottesdienst 10 Uhr: Pfarrer Dr. Reinecke. - Kindergottesdienst 11.30 Uhr: Fr. D. Schüller. - Abendgottesdienst 6 Uhr: Pfarrer Grein. - Kriegsanbacht: Mittwoch, den 9. Februar, abends 8.30 Uhr. Fr. Dr. Reinecke.

Lutherkirche.

Hauptgottesdienst 10 Uhr: Pfarrer Bedmann. - Kindergottesdienst 11.30 Uhr: Fr. D. Schüller. - Abendgottesdienst 6 Uhr: Pfarrer Grein. - Kriegsanbacht: Mittwoch, den 9. Februar, abends 8.30 Uhr. Fr. Dr. Reinecke.

Gottesdienst für Schwerhörige.

Sonntag, den 6. Februar, nachm. 3 Uhr: Gottesdienst in der Sakristei der Ringkirche. Pfarrer Reig.

Kapelle des Paulinenstifts.

Sonntag, vorm. 9.30 Uhr: Hauptgottesdienst. Fr. Christian. Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.

Katholische Kirche.

6. Sonntag nach Erschein. des Herrn. 6. Februar 1916.

Die Kollekte am heutigen Sonntag ist für die Kriegsfürsorge bestimmt und wird einkindlich empfohlen.

Starkkirche zum heil. Bonifatius.

heil. Messen: 6. 7 Uhr (heil. Kommunion des Mannen - Apostolats); 8 Uhr: heil. Messe mit Predigt (heil. Kommunion der Eris-Kommunikanten, Anaben) 8 Uhr: Kindergottesdienst (Ant) 9 Uhr: Hochamt mit Predigt. 10 Uhr: heil. Messe 11.30 Uhr. Nachm. 2.15 Uhr: Christenlehre mit Andacht; abends 6 Uhr: Kriegsanbacht. - Für den 8. Orden ist nachm. 4.30 Uhr Verköhlungen mit Predigt. - An den Wochenenden sind die heil. Messen um 6.30, 7.15, 7.40 und 8.30 Uhr; 7.40 Uhr sind Schaulmessen. - Notizen, abends 6.15 Uhr, ist gestiftete Andacht für die armen Seelen; Mittwoch, abends 6.15 Uhr, ist gestiftete Andacht zu Ehren des heil. Joseph. - Dienstag, Donnerstag und Sonntag, abends 6.15 Uhr, ist Kriegsanbacht. - Festtage: heil. Sonntag, morgens von 6 Uhr an, Sonntag, nachm. 3.30 bis 7 und nach 8 Uhr, an allen Wochentagen nach der Frühmesse; für Kriegsteilnehmer, Verwundete und Kranke zu jeder gewöhnlichen Zeit.

Verkirche.

Jugendgottesdienst 8.45 Uhr: Fr. Dr. Schüller. - Hauptgottesdienst 10 Uhr: Pfarrer Dr. Reinecke. - Abendgottesdienst 6 Uhr: Fr. Dr. Reinecke. - Kriegsanbacht: Mittwoch, den 9. Februar, abends 8.30 Uhr. Fr. Dr. Reinecke.

Ringkirche.

Jugendgottesdienst 8.45 Uhr: Fr. D. Schüller. - Hauptgottesdienst 10 Uhr: Pfarrer Dr. Reinecke. - Kindergottesdienst 11.30 Uhr: Fr. D. Schüller. - Abendgottesdienst 6 Uhr: Pfarrer Grein. - Kriegsanbacht: Mittwoch, den 9. Februar, abends 8.30 Uhr. Fr. Dr. Reinecke.

Lutherkirche.

Hauptgottesdienst 10 Uhr: Pfarrer Bedmann. - Kindergottesdienst 11.30 Uhr: Fr. D. Schüller. - Abendgottesdienst 6 Uhr: Pfarrer Grein. - Kriegsanbacht: Mittwoch, den 9. Februar, abends 8.30 Uhr. Fr. Dr. Reinecke.

Gottesdienst für Schwerhörige.

Sonntag, den 6. Februar, nachm. 3 Uhr: Gottesdienst in der Sakristei der Ringkirche. Pfarrer Reig.

Kapelle des Paulinenstifts.

Sonntag, vorm. 9.30 Uhr: Hauptgottesdienst. Fr. Christian. Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.

Katholische Kirche.

6. Sonntag nach Erschein. des Herrn. 6. Februar 1916.

Verkirche.

Jugendgottesdienst 8.45 Uhr: Fr. Dr. Schüller. - Hauptgottesdienst 10 Uhr: Pfarrer Dr. Reinecke. - Abendgottesdienst 6 Uhr: Fr. Dr. Reinecke. - Kriegsanbacht: Mittwoch, den 9. Februar, ab

Preise für Lebensmittel.

Murshwaren.

	im Ganzen	im Aufschnitt
Blutwurst	Pfund 1.10 M	—
Leberwurst	" 1.10 M	—
Hausm. Leberwurst	" 1.50 M	—
Fleischwurst	" 1.50 M	—
Delikatell-Kraftfleisch	" 1.75 M	1.80 M

Kolonialwaren.

Gemüse-Nudeln u. Suppentieg	Pfund 50 S
Sago	Pfund 58 S
Erbsen	Stück 38 S
Gerstenfloeken	Pfund 68 S
Erbsen	Pfund 65 S
Paniermehl	Pfund 70 S
Bismehl	Paket 38 S
Grünkernmehl	1/2-Pfund-Pak. 48 S
Gem. Grünkern	Pfund 70 S
Malzgerste, gebrannt	Pfund 45 S
Pflaumen, getrocknet	Pfund 85, 75 S
Mischobst	Pfund 95 S
10 Puddingpulver	95 S
3 Backpulver oder Vanillezucker	25 S
Cafetin, bester Kaffeesatz	Paket 55 S

Nähreago Pfund 2.20 M

Frisch gebr. Kaffees, kräftig u. reinschmeckend,
Pfund 2.30, 2.20, 2.00, 1.90 M
Tee Pfund 2.80 M

Zwiebeln 10 Pfund 1.95 u. 1.45 M

Für Feldpost.

Knackwurst mit Kartoffelsalat od. Kraut . . . Dose	1.20 M
Schinken in Scheiben	1.30 M
Kondensierte Milch in Tuben	45 u. 30 S
Leberwurst mit Kraut u. geröst. Kartoffeln . . . Dose	1.20 M
Sardinen in Öl Dose	1.45, 95, 68, 45 S
Makrelen in pikanter Tunke	90 S
Schweinerippchen mit Kraut Dose	1.45 M
Sardellen-Butter u. Anchovis-Paste . . . Tube	65 u. 43 S
Marmelade 1 Pfd.-Dose	70 S

Gemüse- und Obst-Konserven, Marmeladen.

Rotti-Spezial - Fleischbrüh - Würfel

in Dosen	à 100 Stück	1.60 M
	à 50 "	85 S
	à 25 "	45 S

Julius Bormass

b. m.
b. n.

Gothaer Feuerversicherungsbank auf Gegenseitigkeit.

Im Jahre 1821 eröffnet.

Der Ueberschuss des Geschäftsjahres 1915 beträgt für die Feuerversicherung
73 Prozent

der eingezahlten Prämien, für die Einbruchdiebstahl-Versicherung gemäß der niedrigeren Einzahlung ein Drittel des vorstehenden Satzes, rund 24 Prozent.

Der Ueberschuss wird auf die nächste Prämie angerechnet, in den im § 11 Abs. 2 der Banksatzung bezeichneten Fällen bar ausbezahlt. Auskunft erteilt bereitwilligst die unterzeichnete Agentur.

Wiesbaden, im Februar 1916.

L. Schuster, Hauptagent, Rheinstr. 50.

Verlobte

Verlangen Sie sofort u. franko
Preisliste u. Abbildungen von Wohnungs-
Einrichtungen. Postkarte genügt.
Darmstädter Möbelfabrik F89
Georg Schwab, Hoflief., Darmstadt.
Bereits über 10000 Einrichtungen nach
allen Teilen Deutschlands geliefert.

Großer billiger Schuhverkauf.

Rest- und Einzelpaare zu besonders billigen Preisen

Schuhhaus Handel,

Marktplatz 22.

Kirchgasse 43.

1 Faß kondensierte Milch

Marke „Milkmaid“ ist eingetroffen und wird das Kilo zu
Mk. 1.36 abgesetzt. Die Dose stellt sich auf ca. 56 Pfg.
Weniger wie 1/2 Kilo wird nicht abgegeben.

Franz Spielmann Nachf., Schanhorststr. 12
Telefon 40.



Salamander

Die deutsche Weltmarke

Salamander Schuhges. m. b. H.
Niederlassung: Wiesbaden, Langgasse 2.



Umzüge unter Garantie.

Lagerung ganzer Wohnungs-
Einrichtungen u. einzeln. Stücke.

An- u. Abfuhr von Waggons.

Expeditionen jeder Art.

Schweres Lastfuhrwerk.

Lieferung von

Sand, Kies u. Gartenkies.

Speditionsgesellschaft

Wiesbaden G. m. b. H.,

nur Adolfsstraße 1,
an der Rheinstraße.

Nicht zu verwechseln mit anderen
Firmen.

872 Telefon 872.

Telegramm-Adresse: „Strompt“.

Eigene Lagerhäuser:

Adolfsstraße 1 und auf dem Güter-
bahnhof Wiesbaden-West.
(Gefahranschluss.) 83

Prima 15 Pfg.-Zigarre

2. Sortierung 81

bei Rosenau, 28 Wilhelmstraße 28.

Dauer-Wäsche

Große Ersparnis!
Eleganter wie Leinen
Lobende
Anerkennungen!

Kaulbrunnstraße 10.

Starke Handleiterwagen

in bester Ausführung empf. billigt
Friedrich Josef Hannappel,
Gundfangen (Hessen-Raffau).
Steier Versand nach auswärts nur
an Private. Preisliste kostenlos.

Billige Möbel-Offerte.

Eine große Partie Eichen-Schlafzimmer, sowie
Büsch-Küchen-Einrichtungen und Speisezimmer
Bleichstr. 34 Anton Maurer, Schreinermeister Bleichstr. 34

Helfen den Verwundeten!

Kriegs-Lotterie

des Preussischen Landesvereins vom
Roten Kreuz

Ziehung 23., 24., 25. und 26. Feb. war

17351 nur bare Geldgewinne

zum Mark

600 000

100 000

50 000

30 000

Hauptgewinne

bar ohne Abzug

Lose zum antzsch. 30

Preise von 3 M.

Postgebühr und Liste 30 Pfg.

Preussische Lotteriebanc

Berlin W., Unter den Linden 3

Ecke Wilhelmstraße.

Schuhe, Stiefel

werden in einem Tag gut und
billig befohl.

Schuhe werden gratis abgeholt
und zugestellt.

Bestes Bernleder.

Herren-Sohlen . . . 4.00 Mk.

Damen-Sohlen . . . 3.10 "

Herren-Abfäße . . . 1.20 "

Damen-Abfäße . . . 90 Pfg. bis 1 "

Gedächte Sohlen 30 Pfg. teurer.

Knaben-, Mädchen-, Kinder-

Sohlen billigst.

Solle Garantie für nur solide

und beste Arbeit, sowie prima

Leber.

Fein-Schulerei Hans Sachs

Michelsberg 13.

Telefon 5963.

Leidende Füße.

Gut passende Schuhe und Stiefel

nach Maß fertigt an Theodor Schmitt,

Adolfsstraße 8, Gth. 2.

Statt besonderer Anzeigen.

Ihre Vermählung zeigen an

Josef Kahl

Landesbankbuchhalter

Gretchen Kahl

geb. Menges.

Wiesbaden

5. Februar 1916.

Elftolle

Großer **Ausverkauf** in **Schuhwaren** Neugasse 22.

Es kommen mehrere 1000 Paar Stiefel
und Schuhe für Herren, Damen und
Kinder, weiß Restmuster u. Einzelpaare,
weit unter heutigem Preis zum Verkauf.
J. Drachmann Verkauf d. Einzelp. i. Hauptlag. 1. Stad.